„GÜLLEFABRIKEN“ IM C-PORT?

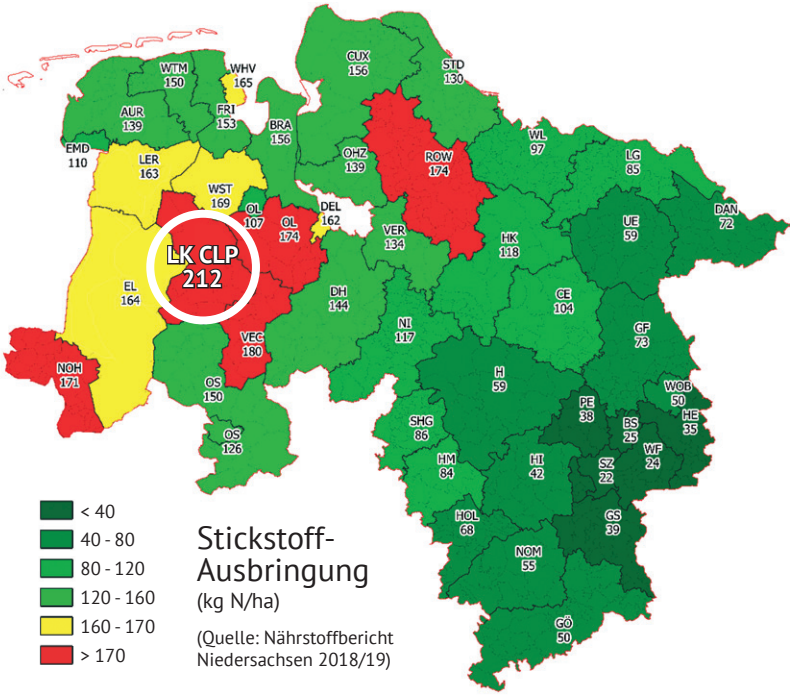
SO SEHEN WIR DAS

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

AN ALLE HAUSHALTE

Niedersachsen hat ein erhebliches Nitratproblem im Grundwasser. Die EU hat Deutschland daher verklagt und in allen Punkten Recht bekommen. Nachdem das CDU-geführte Agrarministerium die Gülleverordnung von 2017 zwei Jahre lang nicht umgesetzt hat, steht die Landesregierung jetzt massiv unter Druck.

Der jährliche Nährstoffbericht des Landes zeigt die rechnerische Überdüngung in den Landkreisen mit zu hoher Tierhaltung auf zu wenig Fläche. Der Landkreis Cloppenburg ist hier Rekordhalter mit 212 kg Stickstoff pro ha (erlaubt max. 170 kg/ha) und weist bei Phosphat mit 4118 Tonnen landesweit den größten Überschuss auf. Zur Zeit fehlen im Landkreis 45.769 ha Fläche zur Ausbringung von Tierkot und Gülle. Dies gefährdet das Grundwasser und die Oberflächengewässer der Region. Reduzierung der Tierbestände durch Tierschutzmaßnahmen (mehr Platz im Stall) wäre hier die einzige Lösung.



Wir sagen: Fabriken zur Güllebeseitigung lösen keine Probleme, sondern fördern die viel zu hohen Tierbestände und lenken von der grundwassergefährdenden Überdüngung ab.

Die Ansiedlung dieser Betriebe hätte weitreichende Folgen für die zukünftige Entwicklung unserer Region und das Leben der Menschen – insbesondere für Infrastruktur, Verkehr, Landwirtschaft, Artenschutz und Klima.

Was geplant ist

Es sollen zwei Verarbeitungsbetriebe für Gülle und Mist im C-Port angesiedelt werden. Die Firmen Kaskum (Friesoythe) und Revis Bioenergy (Münster) planen Anlagen, in denen zusammen ca. 2 Mio. Tonnen Mist, Gülle und Gärreste im Jahr verarbeitet und mit verschiedenen Transformationsverfahren zu Gas (Biomethan), Kraftstoff und Wirtschaftdünger verarbeitet werden sollen. Insgesamt sollen ca. 100 Arbeitsplätze entstehen. Die beteiligten Kommunen hätten zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen – sofern diese anfallen.

Der Geruch

Es gibt schon heute Tage im Saterland, an denen man seine Wäsche lieber nicht zum Trocknen nach draußen hängt. Diese Geruchsbelästigungen sind allerdings nicht von Dauer. Wie stark die zusätzlichen Belastungen durch die geplanten Anlagen sein werden, kann heute nicht beurteilt werden. Hierzu gibt es widersprüchliche Aussagen. Wenn es aber zu einer Geruchsbelästigung kommen sollte, dann gäbe es das ganze Jahr über den Geruch von Gülle und Mist rund um Sedelsberg – und dies wäre nicht mehr so leicht rückgängig zu machen.

Die Sicherheit

Bei den geplanten Anlagen handelt es sich um komplexe Industrieanlagen mit einem erheblichen Risikopotenzial. Es würden erhebliche Mengen extrem entzündbarer und klimaschädlicher Gase erzeugt, gespeichert und umgesetzt. Außerdem kämen große Volumina wassergefährdender Stoffe in Form von Gülle, Substraten oder Gärresten vor.

Das Gefährdungspotential für die Umwelt ist groß. Je älter die Anlagen werden, desto mehr nimmt die Gefährdung zu.

Der Verkehr

Problematisch wäre das Verkehrsaufkommen. Die Rede ist von ca. 360 LKW täglich, die beide Firmen mit Gülle, Mist und Gärresten versorgen und Endprodukte abholen – und zwar das ganze Jahr über. Die LKW kämen aus allen Richtungen und würden alle ins Saterland fahren. Mit den höheren Verkehrsaufkommen wären zusätzliche Belastungen durch Lärm und Abgase verbunden. Hinzu käme die erhöhte Unfallgefahr. Jedes Jahr verunglücken in Deutschland einige dieser Transporte und verursachen große Umweltschäden. Durch die Ballung solcher Transporte im Raum Saterland steigt damit auch die Gefahr solcher Unfälle in unserer Region.

Der Standort

Es gibt aus Sicht der Firmen wohl keinen besseren Standort als den C-Port. Hier befinden sich günstige und verfügbare Industrieflächen mit guter Verkehrsanbindung und einem Fließgewässer, um die anfallenden Wassermengen zu entsorgen.

Der entscheidende Faktor für den wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen sind aber die verfügbaren Mengen von Gülle, Mist und Gärresten, die in den Massentierhaltungen der Region anfallen. Ohne den kontinuierlichen Zufluss an Substrat wären diese Anlagen unwirtschaftlich, ein Ausfall würde die Anlagen unrentabel machen. Es besteht also ein großes Interesse der Unternehmen daran, die problematische Intensivtierhaltung aufrecht zu erhalten bzw. zu fördern.

Das Wasser

Das Wasser, das in die Sagter Ems eingeleitet werden soll, wird – so heißt es – mit den Einleitungen des Klärwerks Scharrel vergleichbar sein, wenn nicht sogar sauberer. Ob das tatsächlich so sein wird, könnte erst im laufenden Betrieb überprüft werden. Wir wollen es dazu erst gar nicht kommen lassen. Nicht auszuschließen sind ohnehin Störungen und Unfälle im Bereich der Anlagen, die zu einer Verschmutzung der Sagter Ems und des Grundwassers führen können.

Der falsche Weg

Diese Anlagen sind Monumente der Massentierhaltung. Ohne die in unserer Region im Überfluss anfallenden Exkremente wären sie überhaupt nicht denkbar, geschweige denn rentabel.

Seit mehr als 20 Jahren ist bekannt, dass die Nitratbelastung des Grundwassers in Deutschland zu hoch ist. Einen wesentlichen Anteil daran hat die deutlich zu hohe Viehdichte in unserer Region. Jetzt droht eine EU-Strafe von 857.000 Euro pro Tag, wenn Land und Bund diese Belastung des Grundwassers nicht reduzieren. Es ist deshalb durchaus erklärbar, dass sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung solche Anlagen begrüßen und sogar fordern.

Heute rächt sich, dass die von Lobbyismus geprägte Politik der letzten Jahrzehnte es versäumt hat, regulierend in die industrielle Landwirtschaft einzugreifen, eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu fördern und für den Schutz des Bodens, des Wassers, des Klimas und der Biodiversität zu sorgen.

Mit der technischen Lösung der Gülle-Problematik in unserer Region könnte die industrielle Landwirtschaft weiter wachsen – und zwar auf Kosten der Umwelt und der noch übrig gebliebenen landwirtschaftlichen Betriebe. Wichtige Anreize zur Verringerung der Bestandsdichte liefen ins Leere, weil den Betrieben die Sorge um den Verbleib der überschüssigen Gülle genommen wäre.

Die Futtermittel für die riesige Zahl an Schweinen, Rindern und Hühnern kommen zu 60 Prozent von unseren Feldern. Der Rest wird aus Nord- und Südamerika importiert, um den steigenden Bedarf zu decken. Dort werden indigene Völker vertrieben und Urwälder gerodet, um für uns genverändertes Soja anzubauen. Dabei kommen Glyphosat und andere gesundheitsgefährdende Substanzen zum Einsatz.

„2018 wurden knapp 34 Millionen Tonnen Sojabohnen und Sojaschrot aus Nord- und Südamerika in die Europäische Union verschifft - rein rechnerisch 68 Kilogramm für jeden EU-Bürger. Ohne diese Importe wäre die Erzeugung tierischer Lebensmittel auf dem derzeitigen Niveau nicht möglich“

(https://www.transgen.de/lebensmittel/1049.futtermittelimporte-europa-sojabohnen-gentechnik.html)

So sind die Nährstoffe, die in den Anlagen aufbereitet werden sollen, auch die Reste von importierten Futtermitteln, deren Produktion wesentlich verantwortlich für die Zerstörung des Regenwalds ist. Solche Anlagen sind Einbahnstraßen im Stoffkreislauf und tragen mit dazu bei, die Umwelt weiter zu zerstören – nicht nur hier regional, sondern auch global.

Weil die geplanten Anlagen die Massentierhaltung und Bodenzerstörung fördern und unterstützen, sind sie in der Bilanz nicht klimaneutral, sondern tragen zur Klimakrise bei. Arbeitsplätze, die durch die Intensivtierhaltung geschaffen und erhalten werden, werden gleichzeitig in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland zerstört – und das gilt erst recht für solche von Kleinbauern in Südamerika oder Afrika.

Fazit

Die geplanten Anlagen sind rein gewinnorientierte Industriebetriebe, die mehr Probleme verursachen, als sie lösen. Mit solchen Anlagen würde die falsche Entwicklung in der industriellen Massentierhaltung zementiert und die notwendige Verringerung der Bestände langfristig blockiert. Zwar könnten kleinere, dezentrale Anlagen die Gülleprobleme unserer Region in einer Übergangsphase entschärfen; die geplanten Millionen-Investitionen sind jedoch auf Dauer angelegt und tragen zur Verstetigung der bestehenden Haltungsbedingungen mit all ihren negativen Folgen bei. Die erheblichen Probleme wie Grundwasserbelastung, Haltungsformen, multiresistente Keime durch Antibiotika, Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen, Futterimporte u.a. werden nicht dadurch gelöst, dass man durch industrielle Transformation von Fest- und Flüssigmist Dünger und Bio-Erdgas erzeugt. Die Ansiedlung hätte negativen Einfluss auf das Leben in der Region, verursacht durch Lärm, Verkehr, Geruchsbelästigung, Umwelt- und Imageschaden.

Wir Grüne lehnen solche Anlagen ab und fordern stattdessen eine Agrarwende.

Insofern unterstützen wir Prof. Dr. Torsten Kirstges, der auf dem Tourismustag am 7. 11. 2019 im Museumsdorf gefordert hat, das Oldenburger Münsterland zum Vorreiter in der Agrarwende zu machen. Wir wollen eine Landwirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie, die Tiere würdig behandelt, das Klima schützt und die Artenvielfalt bewahrt. Eine Landwirtschaft, in der Bäuerinnen und Bauern ein gutes Auskommen haben und faire Preise erhalten, in der Bauernhöfe nicht zu riesigen Agrarfabriken wachsen müssen, um zu überleben.

Die Entscheidung über die Ansiedlung der beiden Betriebe am C-Port dürfen nicht nur von Landrat Johann Wimberg, dem Friesoyther Bürgermeister Sven Stratmann und dem Saterländer Bürgermeister Thomas Otto getroffen werden. Diese Entscheidung muss vom Kreistag und den Gemeinderäten, insbesondere aber auch von der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden mitgetragen werden. Denn sie sind es, die als erste von den Folgen dieser Entscheidungen getroffen würden.

Dieses Faltblatt steht unter https://gruene-cloppenburg.de/aktuelles/ zum Download als PDF-Datei zur Verfügung.

SO SEHEN WIR DAS

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Cloppenburg und MdL Christian Meyer, Niedersächsischer Agrarminister a.D.
V.i.S.d.P.: Michael Jäger · Cloppenburg · Sonnenblumenstr. 19

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN